

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1912. Nr. 463.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 205.

Leserpreis für Halle und Berlin 2.50 RM., durch die Post bezogen 3 RM. für den Vierteljahr.
Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich fünfmal. — Druck- und Verlagsanstalt: Halle'sche Zeitungsgesellschaft (Halle a. S.).
Grunder: (Halle a. S.).

Zweite Ausgabe

Abgabegebühren für die halbesche Postanstalt oder deren Raum für Halle a. S. den Postpreis 20 Pf., auswärts 30 Pf. — Bestellen am Schluss des rechnerischen Monats die Halle'sche Zeitungsgesellschaft in Halle a. S. und bei allen bekannten Fernschreibanstalten.

Verlagsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61/62.
Telefon 155, 158, 160; Telefax 1772.
Klebedruck: Dr. Walter Göttsche in Halle a. S.

Mittwoch, 2. Oktober 1912.

Verlagsstelle in Berlin: Bernburger Straße 80.
Telefon Amtsurteil Nr. 128.
Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Zwischen Krieg und Frieden.

Standen getrennt die Chancen für Krieg oder Frieden noch ungefähr gleich, so haben sich die Aussichten für den Frieden über Nacht wesentlich verschlechtert. Noch ist der Krieg zwar nicht erklärt, und noch ist es Sache des Temperaments, ob man von den energischen Vorstellungen der Mächte bei den Kabinetten der Balkanstaaten die Erhaltung des Friedens erwarten will, oder ob man glaubt, daß bei der Kriegseiferung in Bulgarien, Serbien und Montenegro heute oder morgen die Finten von selbst losgehen werden. Aber die Hoffnung, daß die Optimisten recht behalten werden, ist heute doch recht gering geworden.

Die Wiener Gesandten der Balkanländer zur Mobilisierung.
Der bulgarische Gesandte in Wien Salachoffen erklärte einem Vertreter der Wiener „Neuen Freien Presse“:

„Seben erhalte ich von meiner Regierung die Nachricht, daß Bulgarien mobilisiert hat. Die Mobilisierung ist noch keineswegs eine Kriegserklärung, und es ist nicht ausgeschlossen, daß die Türkei in später Stunde ein Einsehen hat und die angesammelten Truppen von Adrianopel zurückzieht. Bulgarien wird dann sicher keine Feindseligkeiten herbeiführen. Die Mobilisierung Bulgariens ist nur die Antwort auf die provokatorische Eroberung der Türkei, die in der Zusammenziehung der Truppen an der bulgarischen Grenze besteht. Bulgarien fühlt sich durch diese Truppen ernsthaft bedroht und ist nicht gewillt, abzuwarten, bis die türkischen Truppen bulgarisches Gebiet betreten. Bulgarien hat um so mehr Grund, sich bedroht zu fühlen, als in der Türkei geradezu der heilige Krieg gegen Bulgarien und alle christlichen Weltmächte gepredigt wird. Tatsache ist, daß auch Serbien mobilisiert, und das ist keineswegs überraschend. Serbien muß ebenso wie Bulgarien zur Abwehr schreiten, da die Türkei in ihren europäischen Provinzen eine vollkommene Mobilisierung durchgeführt hat.“

Der serbische Gesandte am Wiener Hof Simio bemerkte zu der Mobilisierung:

„Sollte sich die Nachricht von der Mobilisierung bestätigen, so glaube ich, daß sie zunächst nichts weiter bedeutet als die Antwort auf die Mobilisierung der zehn türkischen Divisionen. Die großen Mächte bei Adrianopel wurden allerdings abgezogen, aber die Mobilisierung von zehn Divisionen stellt eine ernstliche Maßregel dar. Es ist natürlich, daß Serbien und Bulgarien ihre Gegenmaßnahmen treffen.“

Die Großmächte und die Kriegsgefahr.

Die Petersburger „Nowoje Wremja“ erzählt, daß die diplomatischen Vertreter des Dreieverbundes mit dem bulgarischen Minister des Auswärtigen in Sofia Besprechungen hatten, worin sie die Notwendigkeit betonten, den Frieden auf dem Balkan zu erhalten. Sie verbürgten sich dafür, daß die Mächte ihre Mächte und ihre kriegerischen Rüstungen, ferner ihre Spionage an der Grenze Bulgariens einstellen würde. Sie gaben gleichzeitig bekannt, daß die Mächte des Dreieverbundes, Deutschland und Österreich, die Mächte freizugehen mahnen würden, die Reformen für die christliche Bevölkerung Makedoniens durchzuführen. Die bulgarische Regierung versicherte ihre Freundschaft und erklärte wiederholt, sie verfolge mit der Mobilisierung nur den Zweck, die türkischen Truppen abzuwehren und Makedonien die Reformen zu verschaffen, deren Fehlen immer zu neuen Erschütterungen führen müßte.

Zugegenüber halten die antilichen Kreise in Konstantinopel die letzten Bemühungen der Großmächte, den Frieden zu erhalten, teils nicht für ernst, jedenfalls für aussichtslos; sie sind auf die Eröffnung der Feindseligkeiten seitens mehrerer Balkanstaaten vollkommen gefaßt. Die Bevölkerung Konstantinopels beunruhigt trotz der Aussicht auf einen zweiten großen Krieg vollkommene Ruhe und äußert unbedingtes Vertrauen auf das Offizierkorps, das seine schwache Regierung bilden werde. Das Wort im türkischen Ministerrat führt jetzt Kriegsminister Nisim.

Anstreichend wird auch die

Mobilisierung in Montenegro

bestätigt. Ein Telegramm aus Cetinje, 1. Oktober, meldet: Die Regierung hat mit Rücksicht auf die allgemeine Unruhe auf dem Balkan und die Mobilisierung Serbiens, Bulgariens und Griechenland als gleichfalls eine Mobilisierungsmaßnahme veröffentlicht, die nur eine Formache ist, weil die montenegrinischen Streitkräfte schon seit einiger Zeit kriegsbereit sind. Seit Montag abend marschierten die montenegrinischen Truppen an die Grenze.

Österreich für den Frieden.

Am Marineministerium der ungarischen Delegation teilte der Minister des Meeres, Graf Verdtold, auf eine Anfrage des Berichterstatters wegen der Verständigung der Lage auf dem Balkan mit, er habe aus Sofia und Belgrad telegraphische Meldungen über die allgemeine Mobilisierung erhalten. Graf Verdtold wiederholte die am Montag im österreichischen Auswärtigen abgegebene Erklärung, welche vom Auswärtigen mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Der Berichterstatter dankte im Namen des Ausschusses dem Mi-

nister für die erteilten Aufklärungen und sagte: Wir sehen dieser schweren Zeit mit vollem Vertrauen zu der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten durch den Grafen Verdtold entgegen und verfolgen mit größter Sympathie und warmem Wunsch nach Erfolg seine weiteren Bemühungen im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens.

Am Heeresauswärtigen der österreichischen Delegation führte in der fortgesetzten Verhandlung über das Österreichische der Delegierte Guggenberger aus, er liehe den beruhigenden Erklärungen des Ministers des Meeres mit einigem Skeptizismus gegenüber. Der Delegierte Sommer erklärte, die Deutschen ständen in der Balkanfrage durchaus hinter der offiziellen Politik des Grafen Verdtold. Sie wünschten den langjähigen Willen des Grafen Verdtold erhalten werden müßte. Die äußere Politik möge aufrichtig und selbstlos ihres Amtes walten, geleitet von dem unwandelbaren Willen der Deutschen Vertrauen entgegen zu bringen. Hierbei müsse jede Nebenregierung ausgeschaltet werden, denn die Armee und ihre Führer sollten keine Politik treiben. Der Redner meinte weiter, die Lage habe sich so gestaltet, daß der Zustand der Ereignisse Italien Österreich näherbringe. Graf Verdtold habe Recht gehabt, wenn er die offiziellen guten Beziehungen zu Italien nicht in überhöhter Weise einer Erklärung habe ausprechen wollen. Graf Verdtold habe als Erbe dieser Politik die rückhaltlose Unterstützung der Deutschen finden. Der Redner erklärte am Schluß seiner Rede: Wir haben Vertrauen zur Armee und ihrer Verwaltung. Wir übertragen dieses Vertrauen auch auf die Person des Kriegsministers und werden deshalb für das Budget stimmen. Der türkische Minister führte aus, die türkischen Interessen auf dem Balkan seien mit den türkischen österreichischen Interessen identisch. Solange sich nicht ein Dritter einmische, sei es die Pflicht der Monarchie, sich in die Ereignisse auf dem Balkan gleichfalls nicht einzumischen. Die Situation auf dem Balkan müsse Österreich vom Standpunkte der Industrie und des Handels beurteilen. Österreichs Konsumanten seien nicht die Türkei, sondern die anderen Völker des Balkan.

Der serbische Gesandte in Konstantinopel
Venediktowitsch kamte Montag während seiner Audienz mit dem türkischen Minister des Meeres, Vorabuzhkin, die Aufmerksamkeit der Mächte auf die Erregung, die in Serbien durch die Mobilisierung der Divisionen von Iessib und Mitrowitz herbeigeführt worden sei, was als Anzeichen eines Umstümpfens der freundschaftlichen Haltung der Türkei Serbien gegenüber ausgelegt werde. Die Angelegenheit der Zurückhaltung des serbischen Kriegsmaterials in Serbien verdrängte der türkische Minister Vorabuzhkin dem Ministerrat zu unterbreiten.

Die antilichen Publikationen der Mobilisierung.
Das Antislatt in Belgrad veröffentlicht die Verordnung über die allgemeine Mobilisierung der serbischen Armee und die Einberufung der Ersatzpflichtigen auf den 1. Oktober. Große Kundgebungen für den Krieg gegen die Türkei werden vorbereitet.

Auch die Verordnung, durch welche die allgemeine Mobilisierung des bulgarischen Heeres befohlen und die Verhängung des Belagerungszustandes über das ganze Königreich erklärt wird, ist in Sofia amtlich veröffentlicht worden.

Später einlaufende Telegramme melden noch:
Noch schwache Friedenshoffnungen. — Rumäniens Verhalten.

Die Wiener „Neue Freie Presse“ meldet aus Konstantinopel:

Die tiefe nichttürkische Welt setzt noch schwache Friedenshoffnungen auf den Einfluß der Großmächte; dagegen ist die türkische Bevölkerung auf die nahe bevorstehende Kriegserklärung gefaßt und hat zu der Selbstergebenheit der Armee unbedingtes Vertrauen. Die Ruhe unter der Bevölkerung der Hauptstadt ist trotz voller Kenntnis der türkischen Lage unerschüttert.

Aus Bukarest meldet das Blatt: Von einer Mobilisierung der rumänischen Truppen verlautet vorläufig noch nichts. Rumänien dürfe im Kriegsfall eine abwartende Haltung einnehmen und nur dann aktiv eingreifen, wenn seine eigenen Interessen sowie die internationalen Verpflichtungen es dazu zwingen sollten.

Der Güterverkehr auf den serbischen und bulgarischen Bahnen.

Die Direktion der ungarischen Staatsbahnen teilt mit, daß zur Beförderung auf den serbischen Staatsbahnen mit Rücksicht auf die allgemeine Mobilisierung nur Güter angenommen werden. Auf den bulgarischen Staatsbahnen werden keine Güter und Frachtposten mehr angenommen. Die unterwegs befindlichen Güter werden aufgehoben und den Abendern wieder zur Verfügung gestellt.

Verachtete Kriegserklärung in Belgard.

In Belgard ist am Dienstag vormittag eine sichtsliche Verhinderung eingetreten. Die Mobilisierungsmaßnahmen werden sich in voller Ruhe und Ordnung ab. Der Geschäftsbetrieb ist gänzlich zum Stillstand gekommen. Die Proklamierung eines Moratoriums soll bevorstehen. Für die journalistische Berichterstattung nach dem Auslande ist die Zensur eingeführt worden. Die Einrückung der Wehrpflichtigen geht glatt vor sich. In den Straßen werden von der Jugend Kundgebungen für den Krieg gegen die Türkei veranstaltet. Am Montag wurden vor dem Palais des Königs, der russischen, englischen und der bulgarischen Gesandtschaft und vor dem Kriegsministerium Ovationen dargebracht. Wie verlautet, wird Kriegsminister General Patnik zum Generalstabschef und

der pensionierte General Stankowitsch zum Kriegsminister ernannt werden. Dieser schweren Zeit mit vollem Vertrauen zu der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten durch den Grafen Verdtold entgegen und verfolgen mit größter Sympathie und warmem Wunsch nach Erfolg seine weiteren Bemühungen im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens.

Die serbische Regierung hofft noch auf Erhaltung des Friedens.

Der serbische Ministerpräsident und Minister des Meeres, Graf Verdtold hat gegenüber vorliegenden Meldungen den Vertreter des Wiener A. S. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus in Belgard zu der Erklärung ermächtigt, daß die serbische Regierung trotz der ersten Beschränkung der Lage auf dem Balkan von der festen Überzeugung erfüllt sei, daß die Türkei der Einwirkung der Großmächte, die feindseligen Absichten gegen die Balkanstaaten aufzugeben und unabwendbare Reformen durchzuführen, Folge leisten werde, und daß es auf die Weise gelingen werde, die Störung des Friedens am Balkan zu verhindern. Serbien habe keine aggressiven Bestrebungen und sei auf die Wahrung seiner vitalen Interessen bedacht.

Die Stimmung in Konstantinopel.

Die alarmierenden Nachrichten vom Balkan wurden in Konstantinopel am Montag spät abends bekannt. Der Tag verlief ruhig und nichts deutete auf die Fortsetzung der Lage, daß sich derartige Ereignisse vollziehen. Mit Ausnahme einer aus den Ministern des Krieges, der Marine, des Innern und der Finanzen zusammengelegten Kommission, die im Kriegsministerium tagte, wurde kein Ministerat auf der Fortsetzung abgehalten. Der Großvezir selbst verließ die Konstantinopel bedauernsbehaftet Stillstimmung.

Die ganze türkische Armee mobilisiert.

Bei Redaktionsbüros laufen noch eine Reihe von Telegrammen ein, von denen die wichtigsten hier wie folgt wiedergegeben seien:

Konstantinopel, 1. Okt. Ein Trade, das einen noch nicht veröffentlichten Ministerratbeschlusses über die Mobilisierung antilich, ordnet die Mobilisierung fast der ganzen türkischen Armee an mit Ausnahme einiger antilicher Einheiten an der russischen Grenze, wo eine Mobilisierung nicht stattfinden wird.

Konstantinopel, 1. Oktober. Die türkischen Mächte beschäftigen sich darauf, die Depeschen der verschiedenen Agenturen ohne Kommentar zu veröffentlichen.

Konstantinopel, 1. Oktober. General Abdullah Pascha ist zum Kommandanten sämtlicher Truppen des ersten Inspektionsbezirk ernannt worden.

Rußland mahnt zum Frieden.

Konstantinopel, 1. Oktober. „Izdam“ erzählt, der russische Volschastler von Wiers habe gestern dem Minister des Meeres und dem Großvezir die Mitteilung gemacht, daß der russische Vertreter in Sofia einen Schritt unternommen und zur Aufrechterhaltung des Friedens gemacht habe.

Paik auf der Fort.

Konstantinopel, 1. Oktober. Der bulgarische Gesandte Sarafinoff hat heute dem griechischen und serbischen Gesandten Besuche ab. Auf der Fortsetzung der außerordentlichen Ministerrat verhandelt. In der Fortsetzung brach eine Panik aus. Die türkischen Stenografen unterlagen heute einem empfindlichen Ausbruch.

Die letzten Depeschen.

Konstantinopel, 2. Oktober. In amtlichen türkischen Kreisen glaubt man, die Mächte würden der Türkei eine Konferenz vorschlagen, und die Türkei würde sich bereit erklären, Vertreter zu dieser Konferenz zu entsenden, falls die Balkanstaaten demobilisiert werden.

London, 2. Oktober. Wie das russische Bureau aus diplomatischen Kreisen erzählt, hat der russische Minister des Auswärtigen Sinjowin in Sofia und Belgard sehr

dringende Vorstellungen zugunsten der Erhaltung des Friedens gemacht. Großbritannien, Frankreich und Rußland handeln in voller Uebereinstimmung, während die Mächte des Dreieverbundes gleichfalls entschlossen seien, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um den Ausbruch von Feindseligkeiten zu verhindern. Die Vertreter aller Mächte in Konstantinopel seien in gleicher Weise bemüht, die Fortsetzung der freundschaftlichen Form auf die dringende Notwendigkeit der Durchführung von Reformen aufmerksam zu machen.

Merci aus der Türkei.

Das Konstantinopeler Antislatt veröffentlicht ein Dekret über die Bildung eines Obersten Admiralitätsrates nach englischer Vorbild.

Der frühere Kommandant des 6. Korps in Monastir Nesti Pascha, der von der jungtürkischen Regierung abgesetzt worden war, ist von neuem zum Kommandanten dieses Korps ernannt worden.

Am türkischen Ministerium des Meeres wird die Nachricht des Vates „Sabah“, daß der in türkische Dienste übernommene

Engländer Melan die Leitung des Inspektionsdienstes eines europäischen Distrikts übernehmen werde, nicht bedingt. Tatsache ist nur, daß die Worte sich an England mit dem Ertrug gemahnt hat, ihr fünf englische Beamte zu bezeichnen, die als Beiräte für verschiedene Dienstleistungen in türkische Dienste übernommen werden sollen. Jedenfalls handelt es sich dabei nicht um die Generalinspektion des russischen Distrikts.

Zu den Fleischsteuerungsmaßnahmen der Regierung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt zur Fleischsteuerung:
Die Aufgabe der Kommunen.
„Unsere Mitteilungen über die geplanten Maßnahmen zur Linderung der Fleischsteuerung sind auf mehr oder weniger scharfe Kritik getroffen, sowohl bei denen, die die Notwendigkeit einer energischen Aktion zur Bekämpfung des gegenwärtigen Mißstandes nicht anerkennen, als auch bei denen, die aus der Fleischsteuerung Anlaß gegen unsere Wirtschaftspolitik oder gegen bestimmte politische Parteien schließen wollen.“

Ein fälschliches Mißverständnis ist in seiner Beurteilung der Maßregeln besonders mißtrauisch und will in der weitgehenden Heraushebung der Kommunen eine hinterlistige Absicht der Regierung sehen. Von einer rechtsdenkenden Zeitung wird dagegen in den Regierungsvorstellungen eine unbillige Bevorzugung der großen Städte erblickt. Die Regierung hat ihre guten Gründe dafür, daß die gewöhnlichen Vergünstigungen nur solchen Städten zugute kommen, die als Märkte für die Vieh- und Fleischpreise ganzes Landesteile umgeben sind. Für die Befristung spricht die Erfahrung, daß eine allgemeine Erleichterung des Imports nur selten den Kommunen zugute kommt, während die meisten von allen die großen Städte mit ihren Schlachthäusern, Bannschlachten und sonstigen Einrichtungen volle Garantie für die sanitäre und veterinärpolizeiliche Überwachung der Einfuhr. Ausgeschlossen war aber die Ermöglichung, daß eine baldige und nachfolgende Einführung auf die Preisbildung der Vieh- und Fleischmärkte ohne lastträgliche Mitwirkung der größeren Kommunen nicht zu erreichen ist. Bei den Opfern, die diese Mißstände von den Kommunen zu erlangen erfordert, erweisen auch die in Aussicht genommenen Tarifermäßigungen und Zollvergünstigungen durchaus gerätlos. Nur so liegt sich die große und entscheidende Aufgabe vorzuführen, den Kommunen unter Beilegung des Fleischverwerbes und möglicher Ausschaltung überflüssigen Zwischenhandels billigeres Fleisch zuzuführen.

Wahnergebnisse.

Am gleichen Orte mit der Zählung der Grenzen belangen freigelegte Wälder eine amtliche Bauernpolitik“ hat der bisherige „Großgrundbesitzerpolitik“. Was sollen muß, sind die Vieh- und Fleischpreise und die pseudoböuerlichen Einfuhrerleichterungen“. Demgegenüber kann nur immer wieder betont werden, daß der bäuerliche und der Kleingrundbesitz in erster Linie an der Aufschlechterhaltung des der heimischen Viehwirtschaft gegenüber dem Grenzgebietes in erster Linie die Vieh- und Fleischpreise zu erhöhen.

Nach der Zählung von 1907 entfallen auf den bäuerlichen und Kleinbäuerlichen Viehstand in Deutschland 88,85 Proz. an Rindern, 51,01 Proz. an Schafen, 91,50 Proz. an Schweinen. Anders ausgedrückt: Von 1977 149 Stück Rindvieh kommen auf den Grundbesitz der 17 640 878 Rinder, von 821 500 Stück Schaf auf das Verhältnis 4550 496 und 4 371 103, bei den 18 865 918 Stück Schweinen kommen 17 470 646 auf den Kleinbäuerlichen und bäuerlichen und 1386 272 auf den Grundbesitz über 100 Hektar. In Preußen verteilen sich im Jahre 1911 die vorhandenen 11 682 254 Rinder folgendermaßen: 592 758 in Brandenburg, 925 287 in Ostpreußen, 1 841 849 in Pommern, 4 372 489 in Schlesien, 2 327 201 in Ostpreußen, 181 579, die Landgemeinden 1 855 441, die Gutsbezirke 2 835 160. Von 17 244 855 Schweinen kamen 1 412 946 auf die Städte, 19 804 000 auf die Landgemeinden, 2 027 906 auf die Gutsbezirke. Der überwiegende Anteil der Kleinwirtschaft an der Viehwirtschaft ist in der Zahl der Viehbesitzer zu erkennen. Die Städte und Landgemeinden, die Träger der landwirtschaftlichen Produktion, überstehen mit ihrem Anteil weitaus die Gutsbezirke. Mit dem Argument der Bauernförderung sollte man also vorsichtig sein, wenn man bei einem vorübergehenden Mißstand für eine dauernde Öffnung der Grenzen Stimmung machen will.

Debung der Viehwirtschaft.

Etwa mit Recht ist betont worden, daß die Viehwirtschaft an besonders hohen Fleischpreisen kein Interesse hat. Die Sicherheit für lohnenden Betrieb und eine der Zunahme der Bevölkerung und des Fleischkonsums entsprechende Aufzucht ist allein in möglichst stetigen, den Produktionskosten Rechnung tragenden Vieh- und Fleischpreisen zu finden. Auch hierfür ist die Mitwirkung der Kommunen besonders wertvoll. Die in den letzten Jahren in erheblicher Zunahme befindlichen Viehwirtschaftsgenossenschaften werden am besten in der Lage sein, die städtischen Verwaltungen bei dem preiswürdigen Bezug von inländischem Vieh zu unterstützen. Unter der Mitwirkung der Landwirtschaftskammern wird die landwirtschaftliche Bewirtschaftung in verlässlicher Weise und mit Anwendung größerer Mittel die Debung der Viehwirtschaft zu fördern haben. Als diesbezüglich zu erzielende Maßnahmen kommen neben energischer Fortsetzung der inneren Kolonisation und der Kultur der Moore- und Oelandsflächen die Errichtung besonderer Schweinezucht- und Mastgenossenschaften, die vermehrte Aufstellung männlicher Zuchtstiere, die Erleichterung in der Beschaffung weiblichen Zuchtmaterials aller für die Fleischherzeugung in Betracht kommenden Rindern (Rinder, Schafe, Schweine, Ziegen, Kaninchen, Kanarienvögel) vornehmlich in Betracht. Die Debung des Futteranbaus, die Errichtung von Jungvieh-, Schaf-, Schweine- und Ziegenweiden muß die Vermehrung der Viehwirtschaft unterstützen. Wenn alle Beteiligten und in erster Linie die Randwirte selber der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung in diesem Verfahren helfend zur Seite stehen, kann dies das einzige derzeitig wirksame Mittel zur Beseitigung drückender Fleischsteuerung, die Debung der inländischen Viehwirtschaft, sicherstellen und das große Ziel, die Fleischversorgung Deutschlands unabhängig vom Auslande zu erhalten, auch gewiß erreicht werden.“

*

Bayerische Maßnahmen.

Das bayerische Staatsministerium des Innern wird die Einfuhr von frischem Schweinefleisch aus Serbien, Bulgarien und Rumänien über die bayerischen Einfuhrstellen für ausländisches Fleisch in die Städte München, Landshut, Rudolfsheim, Regensburg, Bamberg, Nürnberg, Würzburg und Augsburg auf Ansuchen gestatten. Ferner wird die Einfuhr von Schlachtvieh aus den Niederlanden in die öffent-

lichen Schlachthäuser der Städte München, Koflau, Rudolfsheim, Landshut, Regensburg, Bamberg, Hof, Nürnberg, Würzburg und Augsburg auf Ansuchen unter den gleichen veterinärpolizeilichen Vorschriften und Bedingungen zulassen, unter denen die Einfuhr von Schlachtvieh aus Österreich-Ungarn in diese Schlachthäuser gestattet ist. Die Einfuhr von frischem Rindfleisch aus Belgien nach Bayern kann ohne besondere Genehmigung erfolgen, sobald die an Belgien angrenzenden deutschen Bundesstaaten das Verbot der Einfuhr von solchem Fleisch aufgehoben haben. Wenn der Bundesrat die Einfuhr von frischem Rindfleisch aus Serbien, Bulgarien und Rumänien zuläßt, wird auch über die Einfuhr solchen Fleisches nach Bayern Bestimmung getroffen werden.

Die „Kreuzzeitung“ zur Jesuitenfrage.

Das „Aochen der Volksseele“, das meist unter Ableugnung aller gegen die Jesuiten sprechenden Tatsachen und mit Drohungen gegen die verantwortlichen Reichsautoritäten zur Zeit der Zentrumsprelle betrieben wird, gibt der „Kreuzzeitung“ in ihrer letzten „Wochenchau“ vom 29. September Veranlassung zu einem jenen Ordnungswort. Hat doch Mathias Erzberger es fertig gebracht in Wilfen kürzlich zu erklären: Wenn den Jesuiten etwa nur stille Messe und wissenschaftliche Tätigkeit freigegeben werde, so „müßte der deutsche Kaiser mit sämtlichen Bundesfürsten abhandeln, denn dann reichte im Reich nur einer, der Ereignis „Kreuzbruch“. Diefem Ereignis gegenüber bemerkt die „Kreuzzeitung“: „Solche aufreizenden Reden können nur wohl als den Ausdruck der Unsicherheit den eigenen Glaubensgenossen gegenüber ansehen. Nach eigenen Beobachtungen und vielfach an uns gelangenden Mitteilungen von evangelischen und katholischen Gewissensmännern geht der Ruf nach den Jesuiten tatsächlich in keiner dem katholischen Reich aus, als von feindlichen und politischen Führern. Die „Waffen“ haben selten oder nicht einen Jesuiten gesehen oder reden gehört, sie kennen auch nicht deren Werte und besondere Wert. Die Jesuiten haben sich immer vorzugsweise an die gebildeten Kreise gemeldet. Vom 10. bis 18. Jahrhundert haben sie das ganze höhere Schulwesen in deutschen Ländern beherrscht, und sie haben sich schon damals der unteren Volksschichten weitaus angenommen. Unter den gebildeten Katholiken, namentlich auch unter den Geistlichen, die die Jesuitenfrage beurteilen können, möchte gar mancher aus praktischen Gründen die Jesuiten lieber im Auslande wahren sehen, als in dem konfessionell gemischten deutschen Reich. Das kann im Grunde nicht bestritten werden. Man soll auch nicht sagen, solche Gegner der Zulassung des Jesuitenordens seien Augenfeinde, Modernisten usw. Das ist nicht richtig.“

Gegenüber den Auslassungen des Frhr. von Bismarck, der sich in der Jesuitenfrage offen auf die Zentrumseite gestellt hat, betont die „Kreuzzeitung“, die Gefahr, die ein ungetrübtes Wirken der Jesuiten im katholischen Volk für das Verhältnis der Konfession haben muß. Das Wall schreibt:

„Man unterlasse diesen das gläubige Volk zu Irreführenden und fälschlich auch am Christentum selber irre machenden Einwirksamkeit. Schon heute gelangt es den Jesuiten, an den kirchlich-katholischen Heiligtümern der Welt, an den Dogmenstellen jenseit mit ihren Schülern zu befragen. Dadurch wirken sie auf die theologischen Nachkommen mächtig ein. Werden ihre Ordensniederlassungen in Deutschland wieder zugelassen, dann wird es bald nur noch Jesuiten-Schüler in den Kathedern und in den Fakultäten geben. Das ist das planmäßige, das erfolgreiche Ziel des Jesuitenordens. Die eble Stimmung des Volkes, von Bismarck in hohen Ehren; aber die Auslieferung des ganzen katholischen Alerus Deutschlands an den fanatischen und durchaus unbedeutenden Jesuitenorden wäre ein nationales Unglück, gegen das die immerhin problematische Unternehmung unseres Kampfes gegen Rationalismus, Materialismus und Atheismus nicht allzuviel zu bedeuten hätte.“

Zum Schluß gibt die „Kreuzzeitung“ dem einmal dem Vertrauen zu den verbündeten Regierungen Ausdruck, daß es ihnen gelingen werde, in dem gewiß traurigen Konflikt die dem deutschen Volke gegenreife Entscheidung zu treffen.“ Das diese Entscheidung nur gegen die unbedeutenden Jesuiten und in Verhütung des nationalen Unglücks ihrer Wiederfreisetzung ausfallen kann und darf, ist die Ueberzeugung der überwältigenden Mehrheit der deutschen Nation.

Deutsches Reich.

Die geplante Erhöhung des russischen Schweinekontingents.

Man schreibt uns: Unter den Maßnahmen, welche die Regierung zur Linderung der Fleischnot in Aussicht genommen hat, befindet sich auch eine Erhöhung des für das oberdeutsche Industriegebiet bestimmten Kontingents russischer Schlachtschweine. Die Maßnahme ist für den Fall des Bedürfnisses vorgesehen. Die Zulassung russischer Schweine zur alsbaldigen Abschichtung im Schlachthaus zu Ratomis beruht auf dem deutsch-russischen Handelsvertrage, in dessen Schlußprotokoll die Zahl der zur Einfuhr zugelassenen Schweine auf wöchentlich 2500 Stück festgelegt ist. Für die Frage, ob ein Bedürfnis nach der Erhöhung dieser Zahl vorhanden ist, liefert unsere Einfuhrstatistik brauchbares Material. In den letzten Jahren ist das zulässige Quantum von 120 000 Stück Schweinen jährlich niemals ganz zur Einfuhr gelangt, weil die Höhe der Schweinepreise in Deutschland keinen besonderen Anreiz zur Ansfuhr der Schweine aus Rußland bot. Das Steigen der Schweinepreise in diesem Jahr hat aber in dieser Beziehung sofort einen Wandel geschaffen, denn in den letzten Monaten ist das Kontingent voll erschöpft worden. Am Juli d. J. wurden eingeführt 10 272 und im August 10 400 Stück Schweine. Dagegen gelangten im Juli d. J. als die Schweinepreise in Deutschland einen niedrigen Stand hatten, zur Einfuhr 6932 Stück. Diese Zahlen beweisen, daß der Stand der Schweinepreise

von entscheidendem Einfluß auf die Einfuhr ist. Naturgemäß ist die Zustimmung des Reichstags in und des Bundesrats zu der Maßregel erforderlich, weil es sich um eine Veränderung des deutsch-russischen Handelsvertrages handelt.

* Beim Reichstanzler. Wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet, empfing der Reichstanzler von Bethmann Hollweg Dienstag vormittag den Vorkämpfer Grafen von Bourlales.

* Eine Abordnung des 2. Garde-Dragooneregiments, bestehend aus fünf Offizieren unter Führung des Regimentskommandeurs, Oberstleutnant Freiherr von Zedlig und Seipe, ist in Sinaia angekommen, um König Karl Oldenburg zur Fürsichtbefreiung mit türkischen Staatspässen, die er in diesem Regiment bekommen hatte, zurückzugeben. Die Mission wurde vormittags vom König, der die Uniform eines preussischen Generalmajorfeldmarschalls trug, empfangen. Der Führer der Abordnung übermittelte die Glückwünsche und wies auf die hohe Ehre hin, die das Regiment durch die Zugehörigkeit des Königs genießt. Um 1 Uhr war König Karl im Schloß. In seinem Empfangsausschuß hatte der König die Mission. Er erinnerte sich gern an die Zeit, die er im 2. Garde-Dragooneregiment verbracht hatte. Oberstleutnant Freiherr von Zedlig und Seipe hob in seiner Antwort die Verdienste des Königs in Krieg und Frieden hervor. Auf besondere Einladung werden die Offiziere das Manöverfeld in der Gegend von Blasi besuchen.

Ausland.

Aus den Delegationen in Oesterreich-Ungarn.

Der Heeresausführer der österreichischen Delegation hat das Heeresbudget angenommen. — Der Marinekommandant Graf Montecucoli betonte neuerlich die Notwendigkeit, in der Ausgestaltung der Flotte hinter den anderen Staaten nicht zurückzubleiben.

Von der französischen Flotte.

Wie offiziös aus Paris gemeldet wird, hat der französische Marineminister eine neue Einteilung der Torpedoboots- und Unterseebootsflotten genehmigt. Danach wird die Mittelmeerflotte aus Unterseebootsflotten für hohe See beibehalten, von denen die eine mit 8 Einheiten Toulon, die andere mit 9 Einheiten Biskaya zum Stützpunkt haben wird. Das Nordseegebiet wird drei Unterseebootsflotten beibehalten, deren Stützpunkte Herborn und Calais wären. Die Unterseebootsflotten sollen ein hartes Cadre von Torpedobootszerörern erhalten, dagegen sollen die Torpedobootszerörern der Torpedobootsflotten entzogen werden, weil der Aktionskreis dieser Flotten beschränkt ist.

Zum Aufruf auf Samos.

Die Nachricht von der Entlohnung der Truppen auf Samos durch die Franzosen wird in Konstantinopel als unrichtig bezeichnet.

Himmelercheinungen im Oktober.

Für Halle sind zu den nach mittlereuropäischer Zeit angegebenen Zeiten 12 Minuten hinzuzufügen.
Der Sternhimmel ist in den bereits dunklen Oktobernächten wiederum für das unbewaffnete Auge in voller Pracht sichtbar. Nicht der Beobachter um die Monatsmitte gegen 10 Uhr abends seinen Blick nach Norden, also in Richtung des im Sternbild des „kleinen Wären“ stehenden Polarsterns, so erkennt er, nach Westen schauend, die drei hellen Sternbilder des „Schwans“, der „Reier“ und des „Adlers“. Witten in der Wäldstraße liegt in Form eines Kreuzes das Sternbild des „Schwans“, mit dem hellen Fixstern Deneb, weiter nach Nordwesten die „Reier“ mit dem sehr hellen Stern Weg und nach Südwesten zu der „Adler“ mit dem hellstimmenden Fixstern des „Großen Wären“, dessen Deitelstern nach Nordwesten gerichtet ist. Deutlich vom Zenit, über dem jetzt gerade etwas nach Osten die „Kassiopeja“ steht, immer noch gen Norden schauend, erkennt man vom Horizont nach oben zu die hellen Sternbilder der „Zwillinge“ mit Pollux und Kastor, den „Jubehmann“ mit dem hellen Stern Rigel, den „Stier“ mit dem rotlich schimmernden Fixstern Aldebaran, den „Hoden“ und dem bekannten Siebentenn der Plejaden. Ganz tief im Osten geht eben das schönste Sternbild des gesamten Firmaments der „Orion“, auf, der in den Winternächten fast die ganze Nacht am Himmel leuchtet. Wendet der Beobachter seinen Blick dagegen vom Zenit nach Süden, so erkennt er etwas westlich des großen „Bierch“ des „Bergbau“ und tief unten nach dem Horizont hin die hellen Sternbilder des Sternbildes der „Fische“. Weiter nach Osten zu liegt das langgezogene Sternbild der „Andromeda“ und darüber endlich der „Perseus“.

Die Planeten sind im Oktober nicht besonders günstig zu beobachten. Der unfere Sonne am nächsten stehende Merkur ist nicht sichtbar im Sternbild der Zwillinge. Die hellste der Venus im Sternbild der Waage ist jetzt Abendstern und kann im letzten Teil des Monats fast eine Stunde lang nach Sonnenuntergang am westlichen Horizont gesehen werden. Der hinsichtlich seiner Oberflächendensität am besten erforschte, unfere Erde ziemlich ähnliche Planet Mars, gegenwärtig im Sternbild der Jungfrau, bleibt auch im Monat Oktober unsichtbar. Auch der größte und hellste aller Wandelsterne in unserem Planetensystem, mit acht Wunden umgebene Jupiter, im Sternbild des Skorpion, kann nur noch zu Beginn des Monats kurz nach Sonnenuntergang ziemlich tief über dem westlichen Horizont nachgenommen werden. Dagegen bleibt der mit einem Ringsystem und einer Schar von zehn Wunden umgebene Planet Saturn, im Sternbild der Stiere stehend, namentlich die ganze Nacht sichtbar. Er geht zu Monatsanfang um 8 Uhr abends, gegen Ende des Monats schon um 6 Uhr abends auf und herrscht, wie die alten Ägypter so eigen pflegten, am nächsten Firmament, da dieser Planeten er fast am Tage nach Sonnenanfang untergeht. Will man nach dem Saturn die Erdichtung am Himmel bestimmen, so muß man beachten, daß dieser Planet zu Monatsanfang um 3 Uhr 27 Min. morgens am 15. um 2½ Uhr und am Monatsende gegen 1 Uhr 23 Min. morgens kulminiert oder seinen höchsten Stand im Süden einnimmt.

Der Mond vollzieht seinen regelmäßig in 29½ Tagen (joger. jundoberer Monat) ablaufenden Wandelstern in diesem Monat folgendermaßen: Am 3. abends letztes Viertel, am 10. nachmittags Neumond, am 17. morgens erstes Viertel und am

Hörselmann & Co. Hauptmann

Gr. Spezialhaus solider
:: selbstgefertigter ::
Möbel-Ausstattungen
Ca. 100 Musterzimmer.
Besichtigung ohne Kaufzwang
höflichst erbeten.

Kl. Ulrichstr. 36 a u. b.

Halle a. S. Poststr. 3.

Die Rubrik in Kursen... Die Zinsen... Die Dividenden...

Berliner Börse, 1. Okt. 1912

Währungs- u. Fr. L. ... Gold- u. Silber... Berlin, Bankdiskont 4 1/2, Lombardzins 4 1/2, Privatdiskont 4 1/2

Main table of stock market data with columns for company names, stock types, and prices. Includes sections for 'Börsen', 'Deutsche Industrie', 'Bank- u. Wechsel', 'Schiffahrt', 'Schiffbau', 'Schiffahrt', 'Schiffbau', 'Schiffahrt', 'Schiffbau'.

Beilagen zum Kursblatt: Ein Nachtrag... das Kursergebnis... die Aufstellungen... die Aufstellungen... die Aufstellungen...

Erklärungen zum Kursblatt: Von den Obligationen der industriellen Gesellschaften... die mit 100, 100/100, 100/100... die mit 100, 100/100, 100/100...

